



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/129 - 7.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Gewissensnot eines FDP-Abgeordneten	S. 1
Deutsche Truppen für Indochina?	S. 3
Bundesrat und Lastenausgleich	S. 4
Zur Diskussion um die Auflösung der DKV	S. 6

Eine mutige Stimme

(sp) Das beträchtliche Aufsehen, das die Rede des Abgeordneten Pfleiderer hervorgerufen hat, erklärt sich aus dem viel-sagenden Schweigen der Bonner Koalition. Was viele von den drei Parteien sorgenvoll mit sich herumschleppen, hat dieser Abgeordnete der Freien Demokraten mutig ausgesprochen. Die auffällige Lähmung, die den Teil des Bonner politischen Lebens, den die Regierungsparteien ausmachen, befallen hatte, seit die Ungewissheit über den Inhalt der Vertragswerke zu einer bedrückenden Gewissheit geworden ist, hat in Pfleiderer ein Ventil gefunden. Seine Kritik an den Verträgen fuhr wie ein greller Blitz in die Bonner Atmosphäre des letzten Wochenendes. Dabei haftet seinem Vortrag durchaus nichts Sensationelles an. Das Gewicht seiner Äußerungen besteht einzig darin, dass sie von einem Politiker einer Gruppierung vorgebracht wurden, die in all ihren Gliedern auf eine bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem einsamen Mann von Rhöndorf eingeschworen schien.

Ob das Exempel des Mutes und der geistigen Unabhängigkeit in der Koalition Schule machen wird, lässt sich nicht voraussehen. Erfahrungen der Vergangenheit sprechen dagegen. Pfleiderer hat jedenfalls mehr preisgegeben, als sachliche Bedenken gegen einzelne Vertragsbestimmungen. Lässt sich auch nicht abschätzen, inwieweit seine Argumente für die Partei der Freien Demokraten

repräsentativ sind, so muss aus gewissen Stellen des Textes doch geschlossen werden, dass diese Rede nicht das zufällige Werk eines einzelnen Abgeordneten ist.

Das Wesentliche dieses Vortrags besteht nach unserer Auffassung auch nicht darin, dass einer der aussenpolitischen Sachverständigen der Koalition das Werk des Kanzlers und seiner Professorenkompanie als unzulänglich betrachtet. Bedeutungsvoller ist der Stoss, den Pfleiderer gegen die aussenpolitische Konzeption des Kanzlers und der Alliierten an sich führt. Dass er offen aussprach, es könne für Deutschland zwischen der Integration mit dem Westen und dem Übrerranntwerden vom Osten noch ein Drittes geben, macht seine Rede bemerkenswert, nachdem Dr. Adenauer jahrelang die Gemüter mit plumpen Alternativen zu vernebeln versucht hat.

Die in diesem offenbar sorgfältig ausgearbeiteten Referat enthaltene Erkenntnis, "man könne nicht die Austreibung der Deutschen aus ihrer östlichen Heimat hinnehmen, und dann als zweiten Akt der deutschen Tragödie die Freiheit von 50 Millionen mit der Unfreiheit von 20 Millionen erkaufen", die Einsicht, "dass die Sowjetunion die Ausgliederung ihrer Zone aus dem sowjetischen Machtbereich niemals zubilligen werde, wenn die Vereinigung dazu führen sollte, dass das Staatensystem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der NATO ohne Abwandlung bis zur Oder-Neisse-Grenze ausgedehnt wird", - das berührt den Kern der deutschen Schicksalsfrage, die dieser Abgeordnete richtig erkannt hat. Er geht von der richtigen Ansicht aus, dass das Ja oder Nein zu diesen Verträgen jedem einzelnen anhängen werde bis ans Ende seines Lebens. Pfleiderer ist der Überzeugung, dass man sich mit den Verträgen wohl stark machen könne, um weitere Angriffe im kalten Krieg abzuwehren, dass man damit aber nicht Deutschland in Freiheit wiedervereinigen könne. "Entweder wird mit dem Staatensystem der NATO und EVG der bestehende Zustand aufrechterhalten und damit die Unfreiheit der 20 Millionen Deutschen verewigt oder aber es bedeutet den offenen Kampf".

Einer aus der Bonner Koalition hat gesprochen. Die übrigen Abgeordneten werden, nachdem sie durch eine unverdächtige Stimme aus dem eigenen Lager gewarnt worden sind, sich ein Gewissen daraus machen müssen, ob ein Ja zu diesen Verträgen zu verantworten ist. Pfleiderer will die Zeit bis zur Ratifizierung für Viermächteverhandlungen genutzt wissen, um Klarheit und Gewissheit zu erlangen, ob ein anderer Weg zur Wiedervereinigung gangbar ist. Es wird sich zeigen müssen, ob der Bundeskanzler die Koalition weiter unter Druck halten kann.

Europaarmee - auf nach Indochina !

Von unserem PH-Mitarbeiter

Kaum hat der Bundeskanzler seine Unterschrift unter den europäischen Verteidigungspakt gesetzt und die Bildung einer deutschen Armee in Aussicht gestellt, bekant offen der imperialistische Flügel der französischen Aussenpolitik das wahre Ziel, dessentwegen Frankreich mit der Aufstellung eines deutschen Wehrbeitrages einverstanden ist. Dies Ziel ist dasselbe, das Frankreich seit der Aufstellung der Fremdenlegion im Jahre 1835 rücksichtslos verfolgt: Schaffung und Aufrechterhaltung der "Grande France", des französischen Kolonialimperiums. Nicht nur in Europa und in Abwehr des Angriffs vom Osten soll die deutsche Sektion der Europaarmee kämpfen, sondern überall, wo es gilt "europäischen Besitz zu wahren". Es genügt nicht, dass in Indochina täglich deutsche Legionäre fallen, auch reguläres deutsches "Europamilitär" soll dort sein Blut fliessen lassen, damit die französische Kolonialbürokratie ihr Herrschaftssystem weiter aufrechterhalten kann.

Dies und nicht mehr oder weniger verlangt der aussenpolitische Redakteur des "L'Intransigeant", der dem französischen Aussenminister sehr nahestehende Schriftsteller und Journalist JJ. Servan-Schneider. In einem Artikel, dem er offen die sensationelle Überschrift gibt, "Soll man die Deutschen nach Indochina schicken?", bejaht er diese Frage. Jetzt, nach der Unterzeichnung des Generalvertrages und der deutschen Unterschrift unter die Europaarmee, sei für die französische Politik der Augenblick gekommen, die Bürde des Indochinakrieges auf "europäische Schultern zu legen". Frankreich dürfe nicht erlauben, dass grosse Teile seiner Armee in Indochina stehen, während in Europa eine starke deutsche Armee geschaffen wird. Für den Artikelverfasser gibt es nur eine Lösung dieses Problems: die neue deutsche Armee hat sich ebenfalls in Indochina zu verbluten!

In eleganterem diplomatischen französischen Stil ausgedrückt, sieht das so aus:

"Es gilt, den Krieg in Indochina auf Europa zu übertragen, die Kriegsführung und ihre Lasten unter die Teilnehmer der Europaarmee zu verteilen".

Am Schluss seines Artikels spricht der Verfasser noch einmal

doutlich aus, worauf es ihm ankommt. Er schliesst:

"Soll man von Deutschland und unsern andern europäischen Partnern verlangen, sich an unserer Seite in Indochina zu schlagen? Die Debatte darüber sei eröffnet".

Es scheint sehr notwendig, dass die Debatte nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland "eröffnet" wird. Kommt der deutsche Bundeskanzler diese französischen Pläne, "die Lasten Indochinas auf alle europäischen Partner zu übertragen"? Hält er es mit dem angeblich neuen Status der Bundesrepublik für vereinbar, dass sich die Offiziere deutschen Wehrbeitrags in Paris oder sonst in Frankreich mit andern Deutschen treffen, die in der Uniform der Fremdenlegion stecken? Sollte nicht eine der ersten Vorbedingungen für den "deutschen Wehrbeitrag" sein, dass kein Deutscher mehr in der Uniform eines anderen Landes herumläuft?

Indochina ist in die Debatte über die Europaarmee gebracht worden von französischer Seite. Damit ist die Bundesrepublik gezwungen, ebenso offen vom deutschen Standpunkt aus dazu Stellung zu nehmen. Sollte die Regierung dazu nicht mehr fähig sein, so wird sich die Opposition der Wahrung des deutschen Standpunktes annehmen müssen.

+ + +

Nicht aus den Taschen der Steuerzahler

d.g. Man hätte sich die Verzögerung des Lastenausgleichsgesetzes wirklich ersparen können. Fast genau vor Monatsfrist hatte die SPD bei den Beratungen im Bundestag auf die Gefahr hingewiesen, den Lastenausgleich teilweise auf Kosten der öffentlichen Hand, also letzten Endes der Steuerzahl^{er}, durchzuführen, weil man einfach nicht den Willen und den Mut hatte, die Vermögensbesitzer ein wirkliches Opfer bringen zu lassen.

Was der Bundesrat zur Begründung der Anrufung des Vermittlungsausschusses in seiner fast zwanzig Seiten umfassenden Vorlage anführt, ist zu einem Grossteil identisch mit jenen Anträgen, welche die SPD schon seinerzeit im Bundestag gestellt hatte und die damals von der Koalitionsfront unter Führung des CDU-Abgeordneten Dr. Kunze niedergestimmt worden waren. Am Freitag sass Dr. Kunze auf den Zuhörerbanken im Bundesratssaal und musste sich von Länderministern aller Parteischattierungen sagen lassen, wie recht die Sozialdemo-

kraten mit ihren Warnungen gehabt haben. Die Länderbedenken richten sich vor allem dagegen, dass die öffentliche Hand mit mehr als einer Milliarde DM jährlich zu einem Lastenausgleich beitragen soll, der ja eigentlich das verlorene Vermögen mit dem erhalten gebliebenen entschädigen sollte. Die Koalitionsparteien aber wollten einfach die Hälfte des mit 2.15 Mrd DM veranschlagten Gesamtaufkommens den Steuerzahlern aus den Beuteln ziehen. Die öffentlichen Haushalte sollten auf die Vermögenssteuer verzichten, die Kriegsschadensrente finanzieren, die Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe bezahlen, nebenbei noch auf die Einbussen von etwa 180 Millionen DM durch Abzugsfähigkeit der Vermögensabgabe verzichten und schliesslich auch noch die Verwaltungskosten zahlen.

Man kann nicht sagen, dass es sich der Bundesrat leicht gemacht hat und nur ein Loch auf der Einnahmeseite aufgerissen hätte. Er wollte die Länderwünsche berücksichtigen, andererseits aber die Ausgaben-nicht erschüttern. Dass man einen angemessenen Beitrag zur Sicherung der Ausgleichsleistungen bringen müsse, stand fest. Aber die Länder zeigten Bedenken, sich mit festen Beträgen binden zu lassen, zumal in die dem Bundestag vorgelegten Schätzungen von Einnahmen und Ausgaben kein allzu grosses Vertrauen gelegt wird.

Wenn die Anregungen der Länder im Vermittlungsausschuss akzeptiert werden, wird eine Kompromissformel in Form einer Garantierklärung der öffentlichen Hand in das Gesetz eingebaut werden können, die sie dann leistungspflichtig macht, wenn die normalen Einnahmen des Ausgleichsfonds nicht mehr zur Deckung der Ausgaben reichen. Schon heute muss allerdings vor einer allzu dehnbaren Garantieklausel gewarnt werden, die für die Abgabepflichtigen nur einen Anreiz zur Säumigkeit bieten könnte. Den Willen der öffentlichen Hand, zum Lastenausgleich beizutragen, unterstrich besonders der hessische Finanzminister Dr. Träger, der für sein Land bereits die Erklärung abgab, auf die Vermögenssteuer zu verzichten und der Belastung der öffentlichen Hand zuzustimmen, falls man sich auf eine tragbare Garantierklärung einige. Ähnliche Versicherungen liessen auch andere Vertreter laut werden.

Damit sind die Länderbedenken natürlich noch nicht ausgeräumt und eine Einigung im Vermittlungsausschuss wird nicht zuletzt von der Umgestaltung der derzeitigen Hauptentschädigung abhängen. In der Ablehnung der gegenwärtigen Ausgleichsleistungen bei unbegrenzter Schadensberücksichtigung stehen sogar Bundesfinanzminister, Länder und SPD in einer geschlossenen Front und auch hier wiederum hätte man

sich neuerliche Beratungen ersparen können, wenn man nicht der Kather-Idee im Bundestag gefolgt wäre, ehemaligen Vermögensbesitzern schon heute wieder den Weg zu neuen Vermögen über die Hauptentschädigung zu ebnen.

Mehr als bezeichnend war es, dass der Antrag auf Zustimmung zu dem allgemein als unzureichend bezeichneten Gesetz ausgerechnet von einem Heimatvertriebenen gestellt wurde, der sich jetzt als Finanzminister einer CDU-BHE-Koalition im Flüchtlingsland Schleswig-Holstein betätigt. Nur der CDU-Ministerpräsident Altmaier aus Rheinland-Pfalz wagte es, diesen aussichtslosen Antrag zu unterstützen.

+ + +

Politische Spaltsinnigkeit

RAP. Das Geschrei über die Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufskontors (DKV), noch zwei Tage vor der Unterzeichnung des Generalvertrags, ist laut in der regierungsfreundlichen Presse. Man tut, als habe man nichts von dem seinerzeitigen Einverständnis gewusst, das Dr. Adenauer schriftlich gegeben hatte; als habe man nicht der Auflösung zugestimmt, als man dem Schumanplan zugestimmt hatte.

Die FDP ist einer der Grundpfeiler der kapitulationsfreudigen Regierungskoalition; sie hat mit gelegentlichen Scheinprotesten noch immer dem politischen und volkswirtschaftlichen Ausverkauf zugestimmt, der das Ergebnis der jetzigen westdeutschen Aussenpolitik ist. Ihre Sprecher fielen ein in den Chor jener Stimmen, der der SPD blinden Nationalismus vorwarf, als diese die wahren Hintergründe des Schumanplans, des Generalvertrags und anderer ähnlicher Vertragswerke aufdeckte. Aber die FDP ist auch die Vertreterin des kapitalistischen Grossbesitzes in Westdeutschland, und wann jemals hätte dieser anders als der feudale Grossbesitz gehandelt und nicht Aussenpolitik aus innenpolitischen und reinen klassenpolitischen Gesichtspunkten getrieben?

Die "Deutsche Zukunft" ist ein Wochenblatt der sogenannten Freien Demokratischen Partei und wird offenbar in unbewusst selbstverherrlichender Weise so genannt. Am 29. Mai berichtete dieses Wochenblatt - das ja wohl gute Quellen in Bonn haben wird -, dass der französische Hohe Kommissar in Bonn erklärt habe, ein deutsches Festhalten an der geplanten Erhöhung der Stahlproduktion stelle für Frankreich den Schumanplan in Frage. Frankreich wende sich gegen acht deutsche Projekte, darunter die Thyssen-Hütte, Watenstedt-Salzgitter, Krupp-Essen, eine Breitbandstrasse und die Erzeugung von Dynamoblechen. Nach französischen Wünschen solle die deutsche Stahlerzeugung über den jetzigen Stand von 13,5 Millionen Tonnen nicht auf die lebenswichtigen 18 bis 19

steigen, dagegen die französische Produktion von den gegenwärtig 9,7 Millionen bis 1959 auf 21 Millionen Tonnen gebracht werden.

Wer die Entwicklungsgeschichte des französischen Industrialismus seit der Gründung einer Kanonenfabrik in Creusot unter dem Merkantilismus der späten Ludwige kennt, wird die ehrgeizigen Stahlpläne belächeln. Wer die beharrliche Geschicklichkeit der französischen Diplomatie kennt, wird die möglichen Ergebnisse ihrer gegenwärtigen Erfolge fürchten. Die voreilig von den Alliierten verfügte Auflösung des DKV dürfte ein solcher Erfolg gewesen sein. Hier hat die französische Diplomatie für die Hohe Behörde der Montanunion gearbeitet. Den Franzosen ist der deutsche Kohlenpreis nicht gleichgültig, denn Frankreichs Kohlenpläne sind Stahlpläne, und sein Widerstand gegen die Ordnung des deutschen Kohlenverkaufs ist identisch mit seinem Widerstand gegen eine Erweiterung der deutschen Stahlkapazität.

Kohle und Stahl sind die Grundlagen industrieller Produktion. Westdeutschland, dessen Hoffnung auf Wiedergewinnung verlorener Agrargebiete französischerseits als "territoriale Ansprüche" ausgelegt werden, bedarf des industriellen Ausbaues, um seine bald 50 Millionen Menschen ernähren zu können. Frankreich ist ernährungswirtschaftlich autark oder könnte es sein; seine Stahlpläne gehen weit über die rohstoff- und menschenmässige Basis hinaus; nicht nur die Kohle fehlt, sondern auch die Arbeitskraft, während das Kapital teils von den Vereinigten Staaten, teils durch eine schleichende Inflation beschafft wird. Die Erzeugung von 21 Millionen Tonnen Stahl würde die menschenarme Landwirtschaft Frankreichs völlig entvölkern. Die Spekulation auf deutsche Kohle geht wohl auf die industrielle Schwächung Deutschlands aus, in deren Gefolge die deutsche Arbeitskraft nach Frankreich gezogen werden kann.

Der französische Machthunger wird zum europäischen Verhängnis. Die europäische Kohlenbasis der Ruhr kann nur von einer dichten Bevölkerung verteidigt werden, die ringsherum industriell tätig ist. Nicht einmal Henry Morgenthau hat geglaubt, dass die Ruhrgruben inmitten weiter Kartoffelfelder betrieben werden könnten; er wollte sie ersäufen und vermauern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat gegen Morgenthau, gegen Potsdam und gegen die Reparationen und Restitutionsgepländerte gekämpft. Damals war sie national, aber nicht nationalistisch, damals wurde sie auch von den Unternehmern um Hilfe angegangen. Seit dem Zustandekommen des Ruhrstatuts ist die SPD in den Augen ihrer in- und ausländischen Gegner immer nationalistischer geworden. Wundern wir uns nicht darüber: die deutschen Neu-Europäer haben es nicht gern, dass ihnen beim deutschen Ausverkauf um innenpolitischer Gründe willen auf die Finger gesehen wird; die Neu-Europäer jenseits der westlichen Grenze haben es nicht gern, wenn man von ihnen verlangt, den Spaten einen Spaten zu nennen. Auf beiden Seiten sähe man es lieber, wenn auch die deutsche Sozialdemokratie an politischer Spaltsinnigkeit leiden würde.